

# Abu Bilal – Islamprediger auf Staatskosten



Kann ein Polizeibeamter wie der Bad Homburger Abu Bilal (Foto), der einst einen Eid auf das Grundgesetz ablegt hat, dann zum Islam konvertierte, heute als Hardliner gilt und [im Internet predigt](#), weiterhin Polizeibeamter sein? Zwar ist der 39-Jährige jetzt schon im Ruhestand (der Antrag soll in Rekordzeit durchgegangen sein), es wird aber noch strafrechtlich gegen ihn ermittelt.

Die Frankfurter Neue Presse [berichtet](#):

*Wer in den Staatsdienst eintritt, muss einen Eid auf das Grundgesetz leisten. Das gilt für den Beamten im Rathaus genauso wie für den Polizeibeamten. Damit dokumentiert man, dass man Recht und Gesetz seines Landes achten und alles unterlassen wird, was dem deutschen Staat schaden würde. Diesen Eid hat auch der Bad Homburger Polizist Abu Bilal geleistet – allerdings bevor er vor ein paar Jahren zum Islam konvertierte. Der Fall des Gesetzeshüters, der sich nicht von der Bibel, sondern dem Koran leiten lässt, hat hohe Wellen geschlagen.*

*Vergangene Woche berichtete das RTL-Magazin in seiner Sendung*

*«Guten Abend» über den Homburger. Es geht um mehr oder weniger offene Islamismus-Vorwürfe, den Schutz der Verfassung und nicht zuletzt auch um die Frage, ob ein deutscher Polizeibeamter Moslem sein kann und darf.*

*Denn Abu Bilal ist kein stiller Gläubiger, er ist viel mehr so was wie der Internet-Star der hessischen Muslime. Es gibt im Netz unzählige Videos, in denen der 39-Jährige Vorträge zu religiösen Themen hält. Mal geht es um die Stellung der Frau im Islam, mal um die Schari'a, das Gesetz des Islam («Aus dem Glauben erfolgt die Tat»). In mehreren Videos beklagt er, dass «weltweit gegen den Islam gehetzt und Lügen erzählt würden». Vor allem auf der Seite dawaffm.de ist Abu Bilal häufig zu sehen. Die gleichnamige Frankfurter Organisation betreibt eine missionarische Internetseite und einen Fernsehsender, der ebenfalls im Internet zu sehen ist. Sie werben vor allem um junge Mitglieder. Der Frankfurter Stadtverordnete Turgut Yüksel (SPD), der der Islam-Konferenz der Innenminister in Berlin angehört, stuft Dawa als «streng religiöse Gruppierung mit fundamentalistischen Zügen» ein.*

*In einem seiner Beiträge im Internet bezeichnet der Staatsdiener die Missachtung der Geschlechtertrennung als Sünde. Im RTL-Bericht wertet die Marburger Islamwissenschaftlerin Prof. Ursula Spuler-Stegemann eine solche Aussage als nicht verfassungskonform. Für sie ist der 39-Jährige ein «Hardcore-Moslem».*

Zur Abgabe der Dhimmi-Steuer, um den Staatsfeind zu bezahlen, ist der Ungläubige gut genug. Ansonsten hat er die Klappe zu halten und seinen integrationspolitischen Pflichten nachzukommen.

*(Spürnase: Babieca)*

# Israelfreunde kritisieren Weihbischof Jaschke



Wer Ohren hat zum Hören, der höre. Wer einen Rechner hat zum Rechnen ...

Aus den Reihen der überkonfessionellen Israelfreunde aus Norddeutschland kommt folgender Protestbrief an Weihbischof Jaschke zum Thema „Allah und Gott“.

Aufgezeigt wird ein unsäglicher Opportunismus und das Versagen großer Teile der Kirche, wenn es um die Treue zum eigenen Glauben und die Anbiederung gegenüber dem Islam geht. Die Kirche – wie schon früher in unserer Geschichte – bleibt staatstreu, angepasst und duckmäuserig. Wo bleiben Mut und Opferbereitschaft biblischer Vorbilder wie Mose, Elia oder Gideon – und die unbequeme Haltung eines Petrus, Paulus oder Stephanus gegenüber der Mehrheitsmeinung? Die Kirche bleibt seinen Mitgliedern und Gott gegenüber die Wahrheit schuldig.

Der Brief im Wortlaut:

*Sehr geehrter Weihbischof Hans-Jochen Jaschke,*

Ihre Aussage „Muslime und Christen sind im Glauben an den einen Gott verbunden. Dass Aygül Özkan bei ihrer Vereidigung die Gottesformel 'so wahr mit Gott helfe' gesprochen hat, ist ein richtiges Signal“ anlässlich der Vereidigung der neuen muslimischen Ministerin Özkan in Hannover sind nicht hinnehmbar – und theologisch nicht nachvollziehbar.

Der Koran widerspricht der Bibel in allen entscheidenden Kernaussagen um 180 Grad – selbst dann, wenn große Teile des Koran in der medianitischen Zeit Mohammeds – u.a. die zehn Gebote – sechshundert Jahre nach Christus von der Bibel abgeschrieben wurden. Z.B.: Aus der Linie Abraham-Isaak-Jakob (Israel) wurde Abraham-Ismael-Esau ...Und der entscheidende neutestamentliche Kern der Bibel, nämlich das Angebot der Versöhnung des Menschen mit Gott – durch das Kreuz, den Tod Jesu und Seine Auferstehung – wird im Koran ausgeschlagen – und sogar bestritten (vgl. Sure 4, 156-158 sowie 23,91 + 6,101). Kein an den Koran gläubiger Muslim kommt, theologisch gesehen, nach seinem Tod in den Himmel [Gottes Gnade kann natürlich vieles tun, aber niemals am Kreuz vorbei]. Der muslimische Glaube hat demnach weder eine Heilsgewißheit – noch kennt der Koran etwa die Begriffe Gnade oder Liebe. Der Islam ist eine Religion ohne persönlichen Gottesbezug und ein Glaube von Werke-Gerechtigkeit, die vor Gott keinerlei Bestand hat.

Da Sie ein Mann der Kirche sind, also eigentlich des Glaubens und des Heiligen Geistes, fordere ich Sie auf, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Sie sind als erstes der Bibel verpflichtet – und von der Grundlage des liebenden Gottes aus sollen in gesellschaftlichen Diskussionen Aussagen getroffen werden – und nicht anders herum.

Bitte nehmen Sie diesen Text eines christlichen Rechtsanwaltes zur Kenntnis – diese Fakten sind absolut belegbar und klar – und weisen deutlich nach, dass der Gott der Bibel – und die Grundlage unseres Grundgesetzes – mit Allah aus dem Koran nichts zu tun hat.

*Die Vereidigungs-Aussagen von Frau Özkan sind unglaublich, nachdem, was sie im Vorfeld über Kreuz-Verbot und muslimische Richter geäußert hat. Frau Özkan richtet sich nicht nach dem Gott der Bibel, sondern nach eigenen Worten nach dem Schiitismus, einer radikalen Form des Islam, der in islamistischen Vorstellungen die ganze Welt unter die Kontrolle des Islam bringen muß, bevor der 12. Magdi kommt ...*

*Genau genommen, ist das religiöse Oberhaupt von Frau Özkan im Schiitismus Ayatollah Ali Khamenei und sein Wortführer der Holocaustleugner Mamoud Achmadinejad. So lange Frau Özkan sich innerlich und öffentlich nicht von diesen geistlichen Wurzeln lossagt, wird sie im Zweifelsfall gegen unsere Grundordnung arbeiten. Ich hoffe das nicht, aber dies steht zu befürchten. Leider sind sich weder unsere Politiker noch viele Kirchenleute über die wahren Absichten der islamischen Ideologie – ich spreche jetzt bewußt nicht von Religion – im Klaren, sonst würden Sie erheblich kritischer mit den Themen umgehen und eine solche Muslimin nicht ungeprüft in ein Staatsamt einer Ministerin wählen.*

*Und so lange Christen wie Sie keinen Warndienst tun – obwohl es Ihre Pflicht wäre – und keinen Mut besitzen, auch zum Grundgesetz und der dahinter stehenden Wahrheit der Bibel zu stehen – demontiert sich die Kirche weiter, wird Mitglieder verlieren und weiter an geistlicher Vollmacht abnehmen.*

*Und in der Politik werden Wähler an die rechten Seiten getrieben, weil niemand in der Lage ist, gegenüber einem Feind wie (in der muslimischen Bevölkerung weit verbreiteten) islamistischen Vorstellungen öffentlich eine Absage zu erteilen. Das ist mit einer Entschuldigung von Frau Özkan vor dem CDU-Präsidium nicht getan. Wenn wieder Parteien wie NPD oder DVU gewählt werden, weil diese sich Islamkritik auf die Fahnen schreiben, die aber von der Mitte aus mit Vernunft, Klarheit und Wahrheit geführt werden müßte, dann haben wir bald eine ganz ähnliche Situation, die Deutschland schon einmal ins Verderben geführt hat.*

*Ich kann daher weder geistlich noch politisch das Verhalten des von mir sonst geschätzten Ministerpräsidenten Wulff nachvollziehen, noch die Reaktion Ihrer Kirche darauf. Auf beiden Dingen wird kein Segen liegen – und die Situation des Landes und die Unzufriedenheit der Bürger erheblich verschlimmern.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Mitglieder der  
Israelfreunde Norddeutschland*

### Kontakt:

» Weihbischof Hans-Jochen Jaschke: [pforte@egv-erzbistum-hh.de](mailto:pforte@egv-erzbistum-hh.de)

(Karikatur: [Wiedenroth](#))

---

# 1. Mai-Krawalle: SPD und Linke sind dabei



Wenn morgen Abend das Ausmaß der Sachschäden, die Verletzten und, wie manche befürchten, auch erste Tote der organisierten Maikrawalle gezählt werden, sollte man sich der Drahtzieher der

kriminellen Ausbrüche erinnern. Neben dem Kreuzberger Blutgreis Ströbele machen auch Abgeordnete von Linkspartei und SPD mit den Verbrechern gemeinsame Sache gegen die deutsche Demokratie und ihre Bürger.


Der Berliner ARD-Sender [RBB berichtet](#):

» PI: [Juso-Vorsitzende kritisiert Kampf gegen Links](#)

(Spürnase: Grundgesetz 1871)

---

## VS: Gefahr von Linken und Mohammedanern

 Der Jahresbericht des niedersächsischen Verfassungsschutzes bestätigt, was besorgte Bürger bei PI schon lange erkannt haben: Die größten Gefahren für unsere Demokratie kommen von Linken und Mohammedanern. Am rechten Rand zeigen sich dagegen „Ausfransungen“. Sollte das ein Erfolg des langjährigen Kampfes gegen Rechts sein, wäre es an der Zeit, die zur Verfügung stehenden Mittel jetzt verstärkt im Kampf gegen Links und im Kampf gegen den Islam einzusetzen.

[Die HNA berichtet](#):

*Bei den Linksextremisten stellten die Verfassungsschützer eine höhere Bereitschaft zu Gewalttaten wie Angriffe auf Polizisten oder Brandanschläge fest. Die Zahl der gewaltbereiten Autonomen sei um 30 auf 720 gestiegen.*

*Der Minister bekräftigte, dass der Verfassungsschutz die im Landtag mit elf Abgeordneten vertretene Partei „Die Linke“ weiter beobachten werde. „Die Linke will ein anderes System,*

*eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung errichten und stellt die Bedeutung der Parlamente für den demokratischen Rechtsstaat in Frage“, meinte Schönemann.*

*Die Gefahr islamistischer Terroranschläge hält der Verfassungsschutz für hoch. So sei 2009 eine „Propagandaoffensive“ mit Videobotschaften festzustellen gewesen. Etwa zehn sogenannte Gefährder lebten in Niedersachsen, Personen, die – nach einer Ausbildung in ausländischen Terrorcamps – möglicherweise zu Anschlägen bereit seien. Konkrete Hinweise auf Attentate habe man aber nicht.*

Am rechten Rand hat die NPD weiter an Bedeutung, Mitgliedern und Geldmitteln verloren. Gewarnt wird aber vor Aktivitäten brauner Rattenfänger im Internet, was besonders alle beunruhigen sollte, die sich als Ratten fühlen. Besonders in sozialen Netzwerken bemühen sich Rechtsextremisten mit ihrer antiamerikanischen und antijüdischen Propaganda, mit Verschwörungstheorien und Kapitalismuskritik Fuß zu fassen.

*Diese „verschleierte Konktaktaufnahme“ habe eine neue Qualität und sei nur schwer einzudämmen, sagte Schönemann. Er appellierte an Eltern und Schulen, wachsam zu sein, „damit die Jugendlichen nicht in diese Falle tappen“.*

Dieser Warnung kann man sich nur anschließen, zumal die Verblödung durch nationalsozialistische Ideologen nicht selten auch ein Abgleiten ins gewalttätige linksextremistische Milieu begünstigt. Was können Eltern ihren Kindern heute noch bedenkenlos empfehlen? Da wäre in erster Linie PI zu nennen. Diese Seite, die sich klar zu unserem Grundgesetz, zur transatlantischen Freundschaft und zur Solidarität mit Israel bekennt, ist die beste Medizin gegen links- und rechtsextremistische Verdummungsversuche, weswegen sie von der Linkspartei ebenso gehasst wird wie von der NPD, der wir als „[Judentruppe](#)“ gelten.



Auf Initiative des damaligen Vorsitzenden des Bundestags-Innenausschusses Sebastian Edathy (SPD), der sich selbst in dieser Angelegenheit (sowohl der Verfassungstreue wie der Judentruppe) nicht ganz sicher war, wurde PI vom Verfassungsschutz seinerzeit einer gründlichen Überprüfung unterzogen. Ergebnis: PI steht mit beiden Beinen auf dem Boden unserer Verfassung und es ist (noch) nicht strafbar, solidarisch mit Israel zu sein, was Herr Edathy offenbar nicht wusste. Ein Qualitätssiegel, auf das wir stolz sind und dem wir uns verpflichtet fühlen, indem wir unser Bestes tun, Extremisten von links, rechts und aus dem mohammedanischen Milieu fern zu halten. Unterstützen Sie uns, indem Sie zweifelhaften Kommentaren entschieden entgegentreten und uns über Verstöße gegen unsere Richtlinien informieren!

---

## **Hannover: Anfrage zu Pierre Vogel im Stadtrat**

☒ Am 18. April wird der radikalislamische Prediger Pierre Vogel einen Vortrag in Hannover halten. Aus diesem Grund wird die Bürgerbewegung „Wir für Hannover“ (WfH) auf der morgigen Sitzung des Stadtrats Hannover eine Anfrage zum „Besuch“ des Islamkonvertiten stellen. „Die hannoverschen Bürgerinnen und Bürger sollten wissen, wer uns da am 18. April mit seinem Besuch ‚beehren‘ wird“, so die WfH.

Die [Anfrage](#) im Wortlaut:

*Die Stadt Hannover hat sich lobenswerter Weise bereits mehrfach, u.a. auch in Form von großen Zeitungsanzeigen, gegen Extremismus und Diskriminierung ausgesprochen.*

*In der Realität jedoch scheinen sich diese Worte eher nur auf*

den Kampf gegen den rechten Extremismus und auf die Diskriminierung von Migranten durch Menschen ohne Migrationshintergrund zu beschränken.

Nichtsdestotrotz nimmt die WfH nimmt die hannoversche Politik und ihre mehrfach getroffene Aussage, gegen Extremismus und Diskriminierung vorzugehen, beim Wort!

Auch deswegen stellen wir die nun folgende Anfrage:

Am 18. April wird Pierre Vogel einen Vortrag in Hannover halten. Die Veranstaltung findet in den Räumlichkeiten des DIK in der Kornstrasse statt.

Pierre Vogel ist ein radikalislamischer deutscher Konvertit, der kreuz und quer durch den deutschsprachigen Raum reist, um in „Vorträgen“ („Einladung zum Paradies“) sein z.T. sehr frauenfeindliches Weltbild zu verbreiten.

So wurde z.B. auf diesen Vorträgen bzw. Predigten von Pierre Vogel für ein Buch mit dem Titel „Frauen im Schutz des Islam“ geworben. Ein Buch, in dem in Kapitel 10 das Schlagen der Frau ausdrücklich verteidigt wird, wenn sie ihrem Mann nicht „gehört“. In dem besagten Kapitel wird Männern empfohlen, ihre „Frauen mit Gewalt zu bestrafen, ohne Spuren zu hinterlassen“. (Quelle: U.A. Verfassungsschutz Baden Württemberg)

Auch sonst behandelt Pierre Vogel die weiblichen Gäste seiner „Vorträge“ oft wie Menschen zweiter Klasse. (Quelle u.a. Südwest Presse, Tübingen)

Damit betreibt dieser Mann Diskriminierung pur und verstößt massiv gegen den Artikel 3, Abs. 2 unseres Grundgesetzes!!

Denn in diesem für alle Einwohner unseres Landes gültigen Gesetz steht geschrieben: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

*und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.*

*Vom Verfassungsschutz wird Pierre Vogel selbstverständlich als islamistisch und somit als verfassungsfeindlich eingestuft.*

*Vor dem Hintergrund, dass sich die Stadt Hannover ja, wie erwähnt, bereits mehrfach deutlichst gegen Extremismus und Diskriminierung ausgesprochen hat, fragt die WfH an dieser Stelle die Verwaltung, unseren OB und den gesamten Rat:*

*Sind Leute wie Pierre Vogel, also Männer, die aktiv die Diskriminierung von Frauen betreiben und diese auch noch in sog. Vorträgen offensiv propagieren, in der toleranten und weltoffenen Stadt Hannover willkommen?*

*Wird unser OB dazu eine verbale Stellungnahme abgeben, in der er dann entweder für jeden (auch für die weiblichen Zuhörerinnen) logisch nachvollziehbar erklärt, wieso er Leute wie Pierre Vogel und seine Anhänger und Unterstützer selbstverständlich in unserer Stadt herzlich willkommen heißt...*

*...Oder in der er erklärt, wie er in Zukunft auf solche offensichtliche Frauendiskriminierung reagieren wird?*

*Welche offiziellen Kontakte pflegt die Stadt Hannover bzw. unser OB eigentlich zur Milli Görüs? Immerhin wird auch Milli Görüs vom VS als islamistisch und somit verfassungsfeindlich eingestuft.*

*Man muss wohl kein Hellseher sein um zu erahnen, dass es (obwohl es rein objektiv nicht den geringen Grund dafür gibt!!) auch hier wieder irgendwen geben wird der (oder die) diesen Text hier und die Anfrage der WfH dazu nutzen wird, um uns in welcher Form auch immer zu diffamieren.*

*Und sei es nur die Nennung des bösen Wortes mit „r“ im Zusammenhang mit der WfH. All denen sei an dieser Stelle*

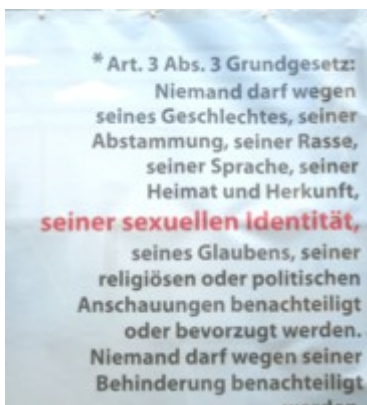
*gesagt: Sachliche und konstruktive Kritik steht selbstverständlich jedem frei. Die WfH ist nicht „Everybodys Darling“. Uns mag nicht jeder. Und das ist auch gut so.*

Gewiss eine lobenswerte Initiative der WfH, allerdings mit wenig Aussicht auf Erfolg.

(Spürnase: Ingo N.)

---

## Begriff „Rasse“ muss verschwinden



Offenbar hat Deutschland keine Probleme. Daher mahnt das steuerfinanzierte Deutsche Institut für Menschenrechte dringend an, den im Artikel 3 vorkommenden Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu streichen. Der Begriff „Rasse“ sei nämlich rassistisch.

Aha! Und wenn das Institut sich noch wehrt, wird aus dem Schwarzen, dem Indianer, dem Asiaten kein Weißer. In anderen Ländern ist man da weiter. In Amerika beispielsweise wird vor medizinischen Behandlungen stets nach der Rassenzugehörigkeit gefragt, weil man weiß, dass die einzelnen „Rassen“ unterschiedlich auf Medikamente reagieren. (Großer Gott, wie rassistisch!) Dpa [meldet](#):

*Jede Theorie, die auf die Existenz unterschiedlicher Rassen abstelle, sei in sich rassistisch, sagte die Direktorin, Beate Rudolf, anlässlich der Veröffentlichung eines Positionspapiers des Instituts am Dienstag in Berlin. Das Europäische Parlament habe sich bereits gegen den Begriff «Rasse» in den Gesetzestexten der Europäischen Union ausgesprochen. Einige europäische Länder hätten in ihrem nationalen Recht von dem Begriff Abstand genommen.*

*«Ein solcher Schritt ist in Deutschland längst überfällig», sagte Rudolf. Der Begriff «Rasse» solle durch ein Verbot «rassistischer» Benachteiligung oder Bevorzugung ersetzt werden. Bereits vor rund eineinhalb Jahren hatte das Institut die Streichung des Begriffs angemahnt – ohne Echo.*

*Im Grundgesetz taucht der Begriff im Artikel 3 (Gleichheit vor dem Gesetz), Absatz 3, auf: «Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.»*

*Das aus Bundesmitteln finanzierte Deutsche Institut für Menschenrechte wurde 2001 auf Empfehlung des Bundestages gegründet. Es soll über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland informieren.*

Mit den Menschenrechten im In- und Ausland scheint es ansonsten keine Probleme zu geben...

*(Spürnase: AlterQuerulant)*

---

# In NRW tritt Moslempartei an



Falls ein PI-Leser noch nicht weiß, was er wählen soll, hier ist es: Think Big, die fast nur von Moslems gegründete Partei, deren wichtigstes Ziel die doppelte Staatsbürgerschaft ist. Ma sieht sich schließlich als Vertretung von Bevölkerungsgruppen, die sich von den etablierten Parteien vernachlässigt fühlen.

Die etablierte Presse [rührt natürlich](#) für eine solche Partei sogleich die Werbetrommel:

*„Think BIG!“, mahnt der Parteien-Werbespot. „Denkt groß, schaut über den Tellerrand!“, erklärt Haluk Yildiz den doppeldeutigen Wahlslogan. BIG steht nicht nur für „groß“, sondern auch für das neue Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit, dessen Vorsitzender Yildiz ist. BIG tritt bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai als erste Partei an, die fast ausschließlich von Muslimen gegründet wurde.*

*(...)*

*Die Wahlplakate sollen erst kurz vor dem Urnengang zum Einsatz kommen. Für mehr als einen Miniwahlkampf reiche das Geld nicht, sagt Yildiz. Mittlerweile hat die Landespartei zwölf Ortsverbände mit mehr als 400 Mitgliedern. Zu den Kandidaten zählen eine Frauenärztin aus Marokko, ein türkischstämmiger Zahnarzt, ein libanesischstämmiger Ingenieur und ein in Bonn geborener Rechtsanwalt. Auch bundesweit formiert sich das Bündnis, das bei den kommenden*

*Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Bremen, Berlin und Baden-Württemberg ebenfalls auf dem Wahlzettel stehen will.*

Die Kandidaten geben somit genau den Bildungsdurchschnitt der Zuwanderer aus diesen Ländern an.

*Im Wahlwerbesport betont Yildiz: „Ich stehe für Innovation und Gerechtigkeit in Deutschland.“ Erneuerungsbedarf sieht der 42-Jährige unter anderem in der Bildungs-, Sozial-, und Integrationspolitik. Ein umfangreiches Wahlprogramm können die BIG-Vertreter bisher allerdings nicht vorweisen, nur ein vierseitiges Grundsatzprogramm. Darin wird etwa beklagt, dass es ungeachtet des Diskriminierungsverbots im Grundgesetz in vielen Bereichen eine Benachteiligung von Minderheiten gebe. Die Partei verstehe sich dagegen als „Brückenbauer“ zwischen den Gesellschaftsgruppen. Zu ihren Zielen gehört unter anderem die Gewährung doppelter Staatsbürgerschaften.*

Brückenbauer – genau. Die haben uns noch gefehlt. Leute, die herkommen, um uns zu sagen, was wir alles ändern müssen.

*Kritiker hielten den Parteigründern vor, „doch wieder was Paralleles zu machen“, erzählt Yildiz in Anspielung auf den Vorwurf gegen einige Migrantengruppen, nichts gegen Parallelgesellschaften zu unternehmen. Diese Kritiker wolle er widerlegen. Menschen sollten nicht auf ihre Religion oder Herkunft reduziert werden, sagt der Parteivorsitzende. In eine der etablierten Parteien mochte Yildiz nicht eintreten, weil ihn ihre Art stört, über Menschen zu reden. So würden Hartz-IV-Empfänger zu bloßen Objekten, hinter denen die Einzelschicksale in Vergessenheit gerieten.*

Ist er nicht ein guter Mensch?

*Für den Wahltag hat Yildiz die Erfolgslatte hoch gehängt. „Ziel sind fünf Prozent. Das Potenzial ist auch da“, macht er sich Mut. Bei der Kommunalwahl 2009 in Bonn erreicht er mit*

*dem Bündnis für Frieden und Fairness (BFF), das nun BIG-Ortsverband ist, 2,1 Prozent der Wählerstimmen. Da es bei Kommunalwahlen keine Fünf-Prozent-Hürde gibt, reichte das für zwei Mandate im Rat der Stadt. Auf Landesebene müsste das Bündnis für einen Einzug ins Parlament deutlich zulegen.*

Und T-Online hilft dabei.

*(Spürnase: MamPap)*

---

## **PI gratuliert Helmut Kohl**

✘ In jedem anderen Land dieser Erde wäre er ein Volksheld, von dem man noch jahrhundertlang erzählen würde. Mit einem roten Parteibuch wäre wenigstens der Friedensnobelpreis möglich gewesen. Im neuen Deutschland reicht es nicht einmal für die Ehrenmitgliedschaft in der CDU. Helmut Kohl wird 80.

Wir sagen danke, dass Helmut Kohl die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit hergestellt hat. Dass er an diesem Auftrag unseres Grundgesetzes noch festgehalten hat, als alle anderen an ein einiges Deutschland nicht mehr glaubten und es nicht mehr wollten. Wir sagen danke, dass Helmut Kohl diesen Weg unbeirrt gegangen ist, und Mauer und Stacheldraht, hinter dem die heutigen Koalitionspartner der SPD das Volk 40 Jahre lang in Geiselschaft hielten, nieder gerissen hat.

Der Fall des eisernen Vorhangs war der schlimmste Schlag, den die Kommunisten in ihrer Geschichte erlebt haben. Kein Wunder, dass Qualitätsjournalisten, die jahrelang für ihren Verrat an der Freiheit mit Stasigeld geschmiert wurden, das dem Kanzler der Einheit bis heute nicht verzeihen, und sein Andenken mit Schmutz bewerfen. Anders kennen sie ihr Handwerk nicht.



Es liegt an uns, was wir aus der einzigartigen Chance unserer Geschichte in Zukunft machen, ob wir das Erbe Helmut Kohls mehren, oder Deutschland untergehen lassen. Der alte Kanzler jedenfalls hat seine Pflicht getan.

Wer Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit und der Freiheit, zum achzigsten gratulieren will, kann das mit einer persönlichen Botschaft auf einer extra von der CDU eingerichteten Seite tun:

<http://www.helmut-kohl.cdu.de/>

---

## Rechtsextremisten loben Berliner CDU

✘ Wenn in Deutschland Politiker Beifall von der falschen, also der rechten Seite erhalten, ist das ein Skandal und Grund, in sich zu gehen und sich von dem, was den Beifall hervorgerufen hat, in aller Form zu distanzieren. So gesehen müsste die Berliner CDU jetzt schwer am Grübeln sein. (*Foto: Beispielhafte Toleranz – Osnabrücker Symphoniker beim Konzert in Teheran*)

Ausgerechnet die vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich und rechtsextremistisch eingestufte größte türkische Vereinigung in Deutschland, die extremnationalistische Milli Görüs findet lobende Worte für die neue CDU-Linie und ihr klares Ja zum muslimischen Kopftuch – das von antifaschistischen Islamkritikern auch gern mit der Hakenkreuzbinde der 30er Jahre verglichen wird.

Die IGMG [zitierte](#) die CDU stolz:

„Wir sind gegen ein Kopftuchverbot und plädieren dafür, gelassener mit diesem Thema umzugehen“, sagte die stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters bei der Präsentation des neuen Integrationskonzeptes. Grütters betonte, dass Deutschland zur Bildungs- und Aufsteigerrepublik werden müsse – für Einheimische wie für Zuwanderer. „Zuwanderer sollen Leistungsträger in unserer Gesellschaft werden und nicht Leistungsempfänger“, so Grütters. „Dazu müssen wir die Devise ‚Fördern und Fordern‘ konsequent umsetzen, Chancen und Perspektiven bieten“, erklärte die Bundestagsabgeordnete.

Der Fraktions- und Landesvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel plädierte dafür, der Integrationspolitik insgesamt einen anderen Stellenwert einzuräumen, da sie für die Zukunft Berlins von höchster Bedeutung sei: „Integration muss zur Chefsache werden!“ Die CDU in Berlin möchte beide Seiten gewinnen – Einheimische wie Zuwanderer. „Wir wollen beide davon überzeugen, dass sie im selben Boot sitzen und ein gemeinsames Interesse am Gelingen von Integration haben“, erklärte Henkel. „Dazu müssen wir Probleme und Missstände frei von Tabus benennen und auch die Sorgen und Ängste der einheimischen Bevölkerung berücksichtigen“, so Henkel weiter.

Burkard Dregger, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Berlin, führte aus: „Integration kann nicht staatlich angeordnet werden, sie findet zwischen den Menschen statt. Deshalb möchten wir Einheimische und Zuwanderer emotional abholen, ein gemeinsames Leitbild für unsere Stadt entwickeln. Die CDU Berlin will Identifikation mit Deutschland, Berlin und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stiften.“

Der staatliche Eingriff in das Leben der Menschen bedürfe immer der Rechtfertigung und der ständigen Überprüfung auf seine Berechtigung und Effizienz. „Die Ergebnisse der bisherigen integrationspolitischen Interventionen des Staates sind zweifelhaft“, heißt es in dem Papier. Doch wer sich

*ausgegrenzt und nicht willkommen fühlt, den könne man auch nicht zur Mitwirkung gewinnen. Dabei sei die Demokratie in ihrer Existenz darauf angewiesen, dass sie von den sie tragenden Bürgern geschätzt, gelebt und erhalten wird. „Diese Geisteshaltung müssen wir nicht nur uns selbst und unseren Kindern, sondern auch den Zuwanderern täglich nahe bringen, wir müssen sie und uns darauf verpflichten.“*

Ob die CDU in Berlin bei der nächsten Wahl mehr Stimmen bekommt, wenn sie versucht, im links-grünen Gewand daherzukommen? Berührungsängste vor den Rechtsextremen mit Migrationshintergrund hat man jedenfalls keine mehr. Und außer hohlen Phrasen ist von der Berliner CDU-Vorsitzenden auch nichts zu hören. Wie schön, dass sie sich so vehement für das Kopftuch einsetzt. Man gibt sich offen und tolerant“ gegenüber einer rechtsextremen Ideologie.

*Die CDU erkenne ferner die Muslime als werteorientierte Mitmenschen an, strecke ihnen die Hände entgegen und lade sie ein zum einem offenen Dialog über gemeinsame Werte und Fragen der Integration des Islam in Deutschland, heißt es in dem Diskussionsentwurf. Die CDU sei der Überzeugung, dass der Dialog nicht nur Unterschiede, sondern auch viel Verbindendes ergeben wird. „Man denke nur an den hohen Stellenwert von Werten wie Familie“, so die Fraktion. Das Verbindende müsse zum Fundament der Zukunft werden.*

Nun, die „werteorientierten Muslime“ werden wohl kaum ein Kopftuch tragen – oder welche Werte meint die CDU? Islam oder Demokratie?

*„Im Übrigen sind wir gegen ein allgemeines Kopftuchverbot. Kopftücher bedrohen die verfassungsmäßige Ordnung nicht. Eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit dem Kopftuch ist geboten. Wir wollen auch nicht, dass die – oftmals gut ausgebildeten – Trägerinnen des Kopftuches durch ein Kopftuchverbot in eine illegale Parallelgesellschaft gedrängt werden. Wir wollen,*

*dass sie bekennende Träger unserer Verfassungsordnung werden“, heißt es in dem Papier. Staatliche Repräsentanten wie Lehrer und Polizisten seien im Dienst jedoch zur religiösen Neutralität verpflichtet. Deshalb solle es in diesen Fällen bei dem bestehenden Kopftuchverbot bleiben.*

Das kommt darauf an, an welcher verfassungsmäßigen Ordnung die Berliner CDU sich orientiert. Grundgesetz oder Scharia?

Und für das Kopftuchverbot der Lehrerinnen ist man doch nur, weil man das Kreuz sonst auch erlauben müsste.

Leider ist es nicht das erste Mal, dass die CDU es an der nötigen Distanz zu Rechtsextremisten fehlen lässt. Auch in Krefeld wurden die Christdemokraten im Bett mit „Grauen Wölfen“ aus der Türkei erwischt. Damals [berichtete PI hier](#) und [hier](#), nach angemessener Zeit folgte auch ein WDR-Bericht bei Cosmo-TV:

*(Spürnase: Frieda, Landsknecht)*



**„Linksextreme Gewalt wurde unterschätzt“**



Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Wolfgang Schäuble sagt Bundesinnenminister Thomas de Maizière (*Foto mit Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger*) der linksextremen Gewalt in Deutschland den Kampf an. In einem [Interview mit WELT-Online](#) warnt der CDU-Politiker davor, die stark zunehmende Gewalt von Linksextremen zu unterschätzen. „Ich sehe mit Sorge, dass man sich in der öffentlichen Wahrnehmung zu sehr auf die unerträgliche politische Gewalt von Rechtsextremisten konzentriert hat“, so de Maizière.

***WELT ONLINE: Herr Minister, wie erklären Sie sich den stärksten Anstieg der politisch links motivierten Kriminalität seit 2001?***

*Thomas de Maizière: Vordergründig könnte man feststellen, dass die Bundestagswahl und der Nato-Gipfel im vergangenen Jahr zu einer Polarisierung und einer härteren politischen Auseinandersetzung geführt haben, die zum Teil auch gewalttätig war. Das ist aber keine hinlängliche Erklärung. Es handelt sich schon um einen Trend. Ich sehe mit Sorge, dass man sich in der öffentlichen Wahrnehmung zu sehr auf die unerträgliche politische Gewalt von Rechtsextremisten konzentriert hat.*

*Gleichzeitig wurde das, was sich im Schatten und zum Teil als Gegenaktion von Linksextremisten entwickelt hat, unterschätzt. Die Zahlen, die wir jetzt vorgelegt haben, sollten wir als einen Weckruf verstehen. Die Sicherheitsbehörden sind wachsam und gehen gezielt gegen jede*

Form der politisch motivierten Kriminalität vor – egal, ob sie von rechts oder links kommt. Aber davon muss sich auch die Gesellschaft insgesamt distanzieren.

**WELT ONLINE: Zu den neuen Phänomenen gehört, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte erheblich zugenommen hat.**

de Maizière: Ich finde es empörend, wenn Polizeibeamte, die sich zur Wahrung der im Grundgesetz verankerten Versammlungsfreiheit zwischen gewalttätige Demonstranten stellen müssen, Opfer von Gewalt werden. Und es ist ein Unding, dass in solchen Situationen auch noch Solidarisierungseffekte gegen die Polizei entstehen. Genauso empörend ist, dass sich Gewalt – etwa von sogenannten Fußballfans – häufig auch noch gegen Rettungskräfte oder Feuerwehrleute richtet, die noch weniger als Polizisten geschützt sind. Das ist in dieser Dimension neu und nicht hinnehmbar.

**WELT ONLINE: Wie lässt sich der Schutz gegen brutale Angriffe auf Polizeibeamte strafrechtlich verbessern?**

de Maizière: Wir werden das Strafrecht verschärfen. Das haben wir im Koalitionsvertrag so festgehalten und zuständig ist dafür meine Kabinettskollegin, Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Das betrifft sowohl den Angriff auf Polizisten als auch nach meiner Meinung die Sachbeschädigung von Polizei- und Rettungsfahrzeugen. Ich weiß, dass meine Kollegin bald einen Entwurf vorlegen wird.

**WELT ONLINE: Kann Gewalt gegen Polizeibeamte gesellschaftlich geächtet werden?**

de Maizière: Wir müssen eine Entsolidarisierung erreichen. Veranstalter und friedliche Demonstranten selbst sollten klarstellen, dass sie Gewalt aus ihren Reihen heraus nicht zulassen. Genau dies ist momentan leider zu oft der Fall. Es gibt Demonstrationen, auf denen Teile sogenannter schwarzer

Blocks Schutz unter anderen Teilnehmern finden. Beim Thema Fußball muss klar sein, dass es sich bei Gewalttätern nicht um Fans handelt. Die Vereine, die wirklichen Fans und die Ordner müssen solche Leute ächten.

**WELT ONLINE: Was können Sie gegen gewalttätige Auseinandersetzungen von Demonstrationen mit Links- und Rechtsextremisten tun?**

de Maizière: Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Dazu gehört auch, dass man Demonstrationen nicht in abgelegene Gebiete verweisen darf. Aber ich sehe mit großer Genugtuung, dass die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte zunehmend mehr erlaubt, dass die Versammlungsbehörden solche Demonstrationen, die bei einem Aufeinandertreffen gewalttätig werden können, räumlich voneinander trennt. Damit ist die Versammlungsfreiheit gewahrt und die Gefahr von Gewalt gemindert.

**WELT ONLINE: Ein weiteres neues Phänomen sind die Autobrände. Linksextremisten sprechen im Internet vom „Abfackeln“. Sind die Sicherheitsbehörden dagegen machtlos?**

de Maizière: Das ist ein Phänomen in Großstädten, insbesondere in Berlin und Hamburg. Daher sind zunächst mal die dafür zuständigen Länder gefragt. Wir stehen aber in engem Kontakt: Und es wird auch auf der im Mai in Hamburg anstehende Innenministerkonferenz von Bund und Ländern Thema sein. Man muss berücksichtigen, dass die Tatbegehung bei Autobränden leicht und die Aufklärung schwierig ist. In der autonomen Szene wird allein die Anschaffung eines großen Autos als derartige Provokation gesehen, dass man sich über die Autobrände nicht wundern dürfe. Wir können aber weder No-go-Areas zulassen noch, dass der öffentliche Raum nach Nutzungsarten selektiert wird. Prävention und harte Strafverfolgung sind hier wichtig; helfen kann und muss aber auch die Zivilgesellschaft.

**WELT ONLINE: Die Intensität der Gewalt nimmt zu. Ist das ebenfalls ein neuer Trend?**

*de Maizière: Die Zahl der Gewalttäter – auch der jugendlichen – steigt nicht generell. Es gibt keine Verrohung der gesamten Jugend. Ich sehe aber, dass das Ausmaß der Gewalt zunimmt: Es wird eben nicht einmal, sondern zehnmal zugetreten. Die Hemmschwelle für Gewalt sinkt. Das hat auch mit Entgrenzung zu tun. Auch eine freiheitliche Gesellschaft benötigt Grenzen des Umgangs: im Sprachgebrauch, beim Körperkontakt und insgesamt im Miteinander. Grenzen der Höflichkeit und der Distanz sind notwendig, um eine Gesellschaft zusammenzuhalten.*

Da sind wir ja mal gespannt, wie dieser Gesetzentwurf aussehen wird. Dass er von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger vorgelegt werden soll, lässt nichts Gutes erwarten...

» PI: [Linke Gewalt nimmt sprunghaft zu](#)



**Die Polizei rät: Von Linken fernhalten**





Angesichts der am kommenden Wochenende bevorstehenden Demonstrationen von PRO-NRW und NPD und zahlreicher Gegendemonstrationen im Ruhrgebiet, stellt die Polizei sich auf arbeitsreiche Tage ein. Im Vorfeld besuchen Beamte auch Schulen, um linken Lehrern den dringend benötigten Nachhilfeunterricht in Sachen Rechtsstaat zu erteilen, verbunden mit der Bitte, das Grundwissen über demokratische Spielregeln an die Schüler weiter zu geben. Dem Lehrkörper scheint das nicht immer zu schmecken.

Der WESTEN berichtet über die Polizeiaktion mit der irreführenden Überschrift „[Was bei Demonstrationen gegen Rechts erlaubt ist](#)“, gerade so, als ob es da ein Sonderrecht gäbe. Noch aber gelten die Gesetze für alle, egal ob sie gegen Rechts oder gegen Links demonstrieren. Manche Lehrer hören die Botschaft nicht gern und knallen Türen, angesichts des verhassten Rechtsstaates:

*Selbst Demonstrieren will gelernt sein. Das mussten Lehrer und Jugendbetreuer jetzt beim ersten von insgesamt drei Treffen mit so genannten Multiplikatoren in der Gesamtschule Walsum erfahren. Damit informiert die Polizei im Vorfeld der rechtsextremen Protestveranstaltungen gegen die Moschee in Marxloh am 27. und 28. März über Bedenkliches und Unbedenkliches bei Gegendemonstrationen. Die sind am gleichen Wochenende auf breiter Front angekündigt.*

*Einige Jugendbetreuer freilich reagierten auf den Vortrag von Polizeidirektor Rainer Blaudzun ungehalten, versprachen sich davon auch pädagogische Hilfestellungen, gar eine*

Aufarbeitung des Rechtsextremismus. Dabei hatte Blaudzun, der die Polizeieinsätze Ende März ruhrgebietsweit leitet, gleich zu Beginn mit einem Irrtum aufgeräumt: Es sei nicht, wie von Oberbürgermeister Sauerland gewünscht, Aufgabe der Polizei, die rechtsextremen Aufmärsche zu verhindern. „Wir können nur Auflagen erteilen und in engen Grenzen Verbote aussprechen.“ Das Bundesverfassungsgericht schreibe sogar vor, dass die Polizei mit den Veranstaltern über Einzelheiten verhandeln müsse. Da zwölf verschiedene Veranstaltungen angemeldet seien, seien die Gespräche noch nicht abgeschlossen. Überdies würden erfahrungsgemäß alle polizeilichen Auflagen sofort per Eilverfahren den Verwaltungsgerichten vorgelegt, so dass man vermutlich erst am Veranstaltungstag selbst wisse, wie das Bundesverfassungsgericht als letzte Eilinstanz entschieden habe.

Das grundsätzliche Problem sei, dass die Rechtsextremen wie bei einem Schachspiel als Erstanmelder den Gegnern immer einen Zug voraus seien. Und: „Das rechte Lager verhält sich erfahrungsgemäß sehr gesetzestreu“, ebenso das „bürgerliche Lager“, die Bündnisse von CDU bis Linkspartei. Die eigentliche Gefahr gehe von reisenden linksradikalen Störtrupps aus, die in solchen Situationen Krawall inszenierten.

Schon wer in unfriedlicher Absicht an einer solchen Veranstaltung teilnehme, so Blaudzun, stehe nicht mehr unter dem Schutz des Grundgesetzes. Beispiel: Jemand führt auf dem Weg zur Demo einen Baseballschläger mit. Der würde als Waffe gelten und sein Besitzer sich damit strafbar machen. Und wer sich nach Ende der Demo nicht sofort entferne, schränke womöglich den Straßenverkehr und damit das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit ein. Das müsse die Polizei verhindern. Verboten sei auch, sich das Gesicht mit Schal und Mütze bis auf einen Sehschlitz zuzuziehen.

Auch Ordner dürften nicht bewaffnet sein, ihre Zahl nicht zu hoch sein (ein Ordner je 50 Teilnehmer). Sitzblockaden

*dürften behindern, etwa, indem sie eine Gasse bildeten, jedoch nicht verhindern.*

*Lehrern riet Blaudzun, ihren Schülern einzuschärfen, sich unbedingt den Aktionen des bürgerlichen Lagers anzuschließen. Deren Gegen-Demo ist vor dem Schwelgernstadion angemeldet. Ansonsten bestehe die Gefahr, versehentlich zwischen die Linksradi kalen zu geraten. „Wenn Ihr mitkriegt, dass irgendwo Steine aufgetragen werden, macht Euch vom Acker.“*

*Einem Lehrer platzte beim Vortrag des Polizeidirektors der Kragen: „Das ist ja ein Rechtsseminar. Ich will aber wissen, wie ich meine Schüler schützen kann. Wie soll ich das hier vermitteln?“, empörte er sich und verließ den Raum. Die Polizei erwiderte, sie könne nur Impulse geben. Entscheidend sei der Unterricht.*

Dass einem linken Lehrer bei den Ratschlägen der Polizei der Kragen platzt, kann man verstehen. Die Aufforderung an Schüler, sich von Linksextremisten fernzuhalten, muss an vielen Schulen in NRW geradezu als Anstiftung zum Schule schwänzen verstanden werden.

---

## **Zitate deutscher Politiker**



Das Verhältnis deutscher Politiker zu ihrem

Volk erstaunt zuweilen. Bereits im Jahre 2008 [veröffentlichte das Wallstreetmagazin](#) Zitate, die ein Leser zusammengetragen hatte. Leider sind die damaligen Aussagen immer noch aktuell und ließen sich durch neue Belege von arroganem Deutschenhass beliebig ergänzen.

*Das [sagte Ursula von der Leyen](#), deutsche Ministerin im Familienministerium (z.Z. CDU ): „Migrantenkinder sind unsere Zukunft.“ Ein weiterer Schritt solle in der Unterstützung von Migranten liegen, wünscht sich von der Leyen. ...Jedes dritte Kind unter sechs Jahren komme aus einer Migrantenfamilie..*

*„Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, wie sehr wir diese Kinder brauchen: In 20, 30 Jahren erwarten wir von diesen Kindern, daß sie innovativ und verantwortungsbewußt dieses Land tragen.“*

*Das sagte Çigdem Akkaya, stellvertretende Direktorin des Essener Zentrums für Türkeistudien: „Minarette gehören künftig zum Alltag.“ „Die Leute werden endlich Abschied nehmen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen.“*

*Das sagte Cem Özdemir, Bundestagsabgeordneter Bündnis90/Die Grünen: „Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!“*

*Eine Vision von Claudia Roth, Bundesvorsitzende Bündnis90/Die Grünen sieht so aus: „Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrotgoldenen Fahnen.“*

*Das sagte Ibrahim El-Zayat, Präsident der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland und andere Posten: „Ich glaube, daß es möglich ist, dass der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Moslem ist, dass wir im Bundesverfassungsgericht einen moslemischen Richter oder eine moslemische Richterin haben...Dieses Land ist unser Land, und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der*

*Erde machen...“*

*Sieglinde Frieß, MdB von Bündnis 90 / Die Grünen und Verdi-Fachbereichsleiterin sagte: „Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“*

*Walid Nakschbandi, Geschäftsführer der Fernsehproduktionsfirma AVE. Er ist „deutscher Staatsbürger“ afghanischer Herkunft und sagte: „Ihr habt nur die Chance, mit uns zu leben. Ein Leben ohne uns wird es für Euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischstämmiger Richter über Euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt Eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament Eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates Eurer New Economy wird. Nicht Ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren und humanisieren, sondern wir werden es tun – für Euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozess lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern.“*

*Renate Schmidt, ehemals Bundesfamilienministerin (SPD): „Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir, also so wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht.“*

*Frau Dr. Angela Merkel (angeblich CDU) sagte in einer Grundsatzrede am 17. Juni 2005 auf dem Festakt zum 50. Jahrestag der Gründung der CDU in Berlin: „Deutschland hat keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft für alle Ewigkeit.“*

*Personen mit Amtsmandat des Öffentlichen Lebens leisten bei Antritt ihres Amtes einen Eid, welcher da lautet: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und*

*verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“*

*Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.  
(Art. 56 Satz 2 GG)*

*Bei diesen Zeilen fragt sich ein jeder halbwegs vernunftbegabte Leser, wie lange es wohl dieses Land noch in dieser Form geben mag? Anders als mit den Begriffen Volks-, Vaterlands- und Hochverrat ist das Verhalten der meisten Angehörigen unserer Politkaste nicht mehr zu erklären! Wann endlich werden sie angeklagt und verurteilt?*

*Erich Honecker, Vorsitzender des Staatsrats der DDR, sagte im Januar 1989: „Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben.“*

*Gerhard Schröder, späterer Bundeskanzler der BRD sagte im September 1989: »Die Wiedervereinigung als realistisches Ziel darzustellen, ist reaktionär und hochgefährlich.«*

*Diese (Menschen?) stehen „an der Spitze der Deutschen“...??  
Allein diese Zitate belegen, dass die BRD nicht der Staat des Deutschen Volkes ist!*

*Fühlen Sie auch verraten und verkauft?*

*(Spürnase: Stanislav S.)*

---

# Judenhetze ist in Köln kein Delikt



Die [Ansammlung antisemitischen Mülls](#) vor dem Dom, mit dem der Dauerarbeitslose Walter Herrmann jahrelang auf übelste Weise gegen Juden hetzte, war [kein Verbrechen](#). In Köln kann man straflos Karikaturen ausstellen, auf denen ein Mann mit Davidsstern einen kleinen, blutenden Palästinenser (erkennbar am Schal) mit US-Gabel und Gaza-Messer verspeist (Foto).

Antisemitismus der übelsten Sorte, offenkundig und öffentlich, doch die Staatsanwaltschaft der Domsatdt interessiert sich nicht dafür. Köln jagt eben lieber Rechte...

Die Welt schreibt dazu:

*Offenbar ist Antisemitismus jedenfalls dann „durch das Grundgesetz gedeckt“, wenn er von einem ehemaligen Linken propagiert wird und sich gegen Israel richtet.*

*Nun hat die Staatsanwaltschaft zu erkennen gegeben, dass sie das ähnlich sieht. In einem Gespräch mit Buurmann hieß es aus dem Büro des Staatsanwalts, der Paragraf 130 StGB schütze nur Inländer vor Volksverhetzung. Für die Staatsanwaltschaft sei die Karikatur zwar „israelfeindlich, aber nicht antisemitisch“.*

*Das ist schon ziemlich ungeheuerlich. Denn es ist offenkundig, dass Herrmann zur Begründung seiner Israelfeindlichkeit alte religiös-rassistische Stereotypen benutzt und belebt. Die betreffen eben nicht „nur“ Israelis.*

*Das gibt die Staatsanwaltschaft auch indirekt in seiner zweiten, der ersten widersprechenden, Begründung zu. Buurmann, so die Behörde, sei nicht „strafantragsberechtigt“, da er weder Jude noch Israeli sei. Wäre er ein in Deutschland lebender Jude oder Israeli, wäre sein Antrag immerhin „geprüft“ worden. Womit die Staatsanwaltschaft einerseits zugibt, dass es sehr wohl betroffene „Inländer“ gibt, und zwar nicht nur israelische Staatsbürger und deutsche Juden.*

*Andererseits scheint sie davon auszugehen, dass antiisraelische und antisemitische Hetze nur Juden und Israelis, nicht jedoch andere deutsche Staatsbürger angehe. Das steht eindeutig im Widerspruch zum Grundgesetz, in dem es heißt, die Würde des Menschen sei unantastbar – und nicht, die Würde des arischen Menschen sei unantastbar, die Würde seiner nichtarischen Mitmenschen habe ihn nichts anzugehen.*

Das bedeutet im Klartext, Judenhass und Judenverfolgung ist in Deutschland noch genau so salonfähig wie vor 70 Jahren, man muss nur ein Linker sein. Welche antisemitischen Ressentiments mögen tief in den Rechtshütern verborgen liegen, die so etwas gutheißen? Und in der Bevölkerung, die sich so viele Jahre nicht an den Darstellungen gestört hat?

*(Mit Dank an alle Spürnasen)*

---



# Soldat in deutschem Bus angegriffen



„Soldaten sind

Mörder,“ tönt es von Käßmann bis Lafontaine. Die wohlfeile Methode, Zivilcourage und antifaschistisches Engagement durch Beleidigen von denen zu zeigen, die mit ihrem Leben für unser Grundgesetz und unsere Freiheit eintreten, hat Hochkonjunktur. Wer sich aus Feigheit oder Bequemlichkeit vor dem Wehrdienst drückt, tut das heute mit der wissenden Miene des moralisch Höherstehenden. Kein Wunder, dass die populistische Hetze bei einfach gestrickten Linksgläubigen gelegentlich in blinde Gewalt umschlägt.

Über einen Angriff auf einen Bundeswehrsoldaten in einem öffentlichen Bus [berichtet die Berliner Morgenpost](#):

*In einem BVG-Bus ist es am Mittwoch zu einem bizarren Zwischenfall gekommen. Ein offenbar geistig verwirrter Mann griff einen jungen Wehrdienstleistenden völlig unerwartet an. Während er den Bundeswehr-Soldaten würgte, unterstellte er ihm Kriegsverbrechen in Afghanistan.*

*Ein Mann hat am Mittwochnachmittag einen Wehrdienstleistenden in einem BVG-Bus in Spandau attackiert. Der 21 Jahre alte Bundeswehrsoldat war gegen 17.30 Uhr mit seiner Freundin in Richtung Staaken unterwegs. Dabei trug er seine Uniform.*

*Plötzlich stürzte sich der Täter auf den Soldaten. Er würgte ihn und fragte ihn dabei, wie er afghanische oder arabische Kinder töten könne. Mehrere Fahrgäste kamen dem jungen Mann zu Hilfe und rissen den Angreifer weg. Kurz darauf nahm die Polizei den offenbar geistig verwirrten Mann fest.*

*Das Opfer wurde bei dem Vorfall leicht verletzt, seine Freundin erlitt einen Schock. Der Täter kam zur stationären Behandlung in eine Klinik.*

Bitte auch einmal die Schreibtischtäter auf ihren Geisteszustand untersuchen, die mit ihrer Dauerhetze das geistige Klima schaffen, in dem unsere Soldaten zur Zielscheibe verbaler und nun auch physischer Gewalt werden!

---

## **Pro NRW verabschiedet Landtagswahlprogramm**



Gestern Abend fand in Leverkusen der Parteitag der Bürgerbewegung Pro NRW statt. Knapp 200 Delegierte waren ins Leverkusener Forum gekommen, um über das vom Vorstand vorgeschlagene Programm für die Landtagswahlen am 9. Mai abzustimmen. Prominente Redner des Parteitags waren der schwedische Millionär Patrik Brinkmann, Andreas Mölzer (FPÖ) und Hilde Delobel (Vlaams

Belang).

Vor Beginn des Parteitages hatten Antifa-Gruppen aus Wipperfürth und Leverkusen versucht, sich vor dem Forum zu positionieren, um den Delegierten den Zutritt zum Veranstaltungssaal zu verwehren. Erfolglos, denn die Leverkusener Polizei schirmte das städtische Kongresszentrum weiträumig ab.

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Ronald Micklich und der Rede des FPÖ-Europaabgeordneten Andreas Mölzer wandte sich Patrik Brinkmann an das Publikum.

Auszüge:

*(...) Der Islam, liebe Freunde, das muss man hier in Klarheit sagen, der Islam ist eine undemokratische, unfreiheitliche Religion, die die Aufklärung verpasst hat. Für uns Europäer gibt es eine Trennung von Kirche und Staat, für uns Europäer gibt es die unveräußerlichen Menschenrechte, für uns Europäer gibt es die Emanzipation, die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wir lehnen eine Religion ab, die Frauen wie ein Stück Dreck behandelt, wir lehnen eine Religion ab, die einen Dschihad einen heiligen Krieg gegen das Abendland aufruft.*

*Wir werden hier nicht unter dem Gesetz der Scharia leben. Für uns gilt der Geist des Grundgesetzes. Welcher Muslim kann denn den Satz unterschreiben: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ist die Würde von verschleierten Frauen unantastbar für die Muslime, die in völliger Rechtlosigkeit leben? Ist die Würde von jungen Mädchen unantastbar, die an lüsterne alte Männer verheiratet werden? Ist die Würde von jungen Männern im Islam antastbar, die zu kleinen Machos verzogen werden, weil der Islam ein grausames, mittelalterliches Frauenbild pflegt?*

*Als Europäer wollen wir so etwas nicht in Europa! Wir wollen nicht die Türkei in der EU haben und wir wollen nicht, dass Deutschland zu einem Außenposten der Türkei wird. Wir lehnen*

*es ab, dass die türkische Religionsbehörde unser Land kolonisiert: Das ist der Grund, warum wir eine demokratische Rechte in Deutschland etablieren wollen, das ist der Grund, warum ich Pro-NRW hier bei dieser Wahl viel Erfolg wünsche.*

*Wir wollen, dass sich Migranten hier so benehmen, wie es in diesen Breiten üblich ist. Die Mitte Europas ist christlich und sie soll christlich bleiben.*

*Unser Motto ist das Motto der FPÖ: Abendland in Christenhand. Es ist ein schönes Symbol, dass die Pro-Bürgerbewegung in Köln geboren ist. Denn Köln ist mit seinem stolzen Dom ein Zeichen für das christliche Abendland. Es kann nicht sein, dass zukünftig der Ruf des Muezzins über die Dächer Nordrhein-Westfalens schallt.*

*Wir wollen, dass die Glocken weiter über unserer Heimat klingen. Modern ist eine Rechte, wenn sie sich an einige Grundsätze hält: Wir lehnen Gewalt ab. Wer Freiheit will, lehnt Gewalt ab. Wir sehen das Judentum als einen Teil der abendländischen Kultur an. Wer Antisemit ist, der kann kein wahrer Patriot sein. Wir brauchen eine Rechte ohne Antisemitismus.*

Die ganze Rede kann man sich hier anschauen (leider in schlechter Bildqualität):

Auch der Pro-NRW-Vorsitzende Markus Beisicht ging in seiner Grundsatzrede auf die wesentlichen Forderungen der Bürgerbewegung zur Landtagswahl ein: der Kampf gegen Islamisierung und Überfremdung, das Streiten für mehr öffentliche Sicherheit und Transparenz in der Landespolitik, für mehr Meinungsfreiheit und die Rückkehr zu traditionellen und erprobten Werten in Bildung, Kultur und Erziehung. „Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen brauchen ein rechtsdemokratisches Korrektiv, weil alle etablierten Parteien

nach links gerückt sind und sich inhaltlich immer mehr angleichen“, betonte Beisicht unter dem Applaus der Anwesenden.

Viel Zustimmung erhielt der frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen, Torsten Lange (Bonn), für seine Rede. Auszug:

*Ich bin ein gelernter 68er, ein gelernter Grüner. Und ich weiß, wie man eine Kulturrevolution organisiert hat. Ich war daran beteiligt. Und es ist entscheidend, dass wir daraus lernen, von der 68ern, nicht nur auf Gegebenheiten des Alltags zu reagieren, nicht nur gegen etwas zu sein, sondern eine Strategie zu entwickeln, wie man die Köpfe der Menschen erreicht. Und wo anders kann das beginnen als im Schul- und Hochschulsystem, denn dort hat die Kulturrevolution stattgefunden. Es gab den Spruch der 68er: Wer erzieht die Erzieher! Ein sehr intelligenter Spruch – wenn man auf der richtigen Seite steht.*

Hier die vollständige Rede von Torsten Lange:

In der anschließend geführten Programmdiskussion gab es zahlreiche Wortmeldungen der Mitglieder der Programmkommission und anderer Parteitagsteilnehmer. In der Diskussion zeichnete sich eine große Zustimmung zum Wahlprogramm ab, was sich dann auch in der Abstimmung widerspiegelte: Die Delegierten des Parteitages verabschiedeten einstimmig das vom Vorstand vorgeschlagene Programm.

Auf dem Programmparteitag wurden auch die Plakate für die Landtagswahl vorgestellt:



Fotos vom Parteitag:

Weitere Videos vom Programmparteitag:

- » [Eröffnung](#)
- » Rede von Markus Beisicht, [Teil 1](#) – [Teil 2](#) – [Teil 3](#) – [Teil 4](#) – [Teil 5](#)
- » Rede von Andreas Mölzer, [Teil 1](#) – [Teil 2](#)
- » [Markus Wiener zur Sozial- und Wirtschaftspolitik](#)
- » Manfred Rouhs zur Programmkommission [Teil 1](#) – [Teil 2](#)
- » [Schlußansprache von Markus Beisicht](#)
- » [Singen der Deutschen Nationalhymne](#)

Presseberichte:

- » STERN: [Zu Besuch bei den Islamhassern](#)
- » n-tv: [Wilders-Kopie kommt von rechts](#)
- » n-tv: [Ein deutscher Wilders vorstellbar?](#)
- » ZEIT: [Wenn Rassisten zum Wahlkampf rüsten](#)

*(Fotocredit: Martin S. und Michael W.)*